Schwerpunkte der SL 2004 = Temps forts en 2004

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Landschaftsschutz / Stiftung Landschaftsschutz Schweiz = Protection du paysage / Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage**

Band (Jahr): **- (2004)**

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Schwerpunkte der SL 2004

Zweitwohnungsbau im Oberengadin ohne Ende?

Im Juni 2003 hatte sich die SL zusammen mit dem Schweizer Heimatschutz (SHS) und dreissig prominenten Persönlichkeiten an den Bundesrat gewandt. Sie forderten ihn im Zusammenhang mit der Genehmigung des kantonalen Richtplanes Graubünden auf, geeignete Massnahmen zum Schutze des Oberengadins zu ergreifen und entsprechende Vorbehalte zur dortigen Siedlungsentwicklung anzubringen. Im Richtplan fehlten nämlich Aussagen darüber, wie die Gemeinden sich vor übermässigem Zweitwohnungsbau und neuen Einzonungen schützen sollten – und dies in einer alpenweit einzigartigen Landschaft von europäischer Bedeutung.

Dieser Aufruf löste ein landesweites Interesse an der Zweitwohnungsfrage auf. Am 19. September 2003 genehmigte der Bundesrat zwar den Richtplan Graubünden, stellte aber zugleich fest, dass zum damaligen Stand der Bauzonengrössen, der Reserven und der Erschliessung (Art. 31 Abs. 3 Raumplanungsverordnung RPV) keine aktuellen Angaben vorlägen. Er formulierte bezogen auf die Siedlungsentwicklung die Auflage, dass der Kanton den Gemeinden Grundlagen für die Ermittlung der Nutzungsreserven zur Verfügung zu stellen müsse: «Damit wird zu beurteilen sein, wie weit die Vorgaben zum Teilbereich Siedlung kohärent mit den generellen Zielsetzungen des Richtplanes zur Landschaft und zum Tourismus sind und wo sich ‹lenkende› Planungsvorgaben und -aufträge über den kantonalen Richtplan an weiterführende regionale und kommunale Planungen aufdrängen.»

Seit Ende 2004 liegen die statistischen Daten zum Zweitwohnungsbau im Oberengadin vor, und die Entwicklung ist eindeutig nicht nachhaltig und nicht landschaftsgerecht. Deutlich zugenommen hat seit 1990 der Wohnungsbau: 3274 neue Wohnungen kamen hinzu, 60 Prozent davon sind Zweitwohnungen. Von diesen wurden zwischen 1999 und 2003 doppelt so viele erstellt wie Erstwohnungen. Der Anteil der Zweitwohnungen am Gesamtwohnungsbestand stieg bis 2003 auf 57,7 Prozent. Dies bedeutet, dass bei gleich bleibendem Verbauungstempo die Baulandreserven bis 2009 aufgebraucht wären. Pro Jahr wurden im Durchschnitt 36'000 Quadratmeter Bruttogeschossflächen für das Wohnen realisiert, davon 11'000 Quadratmeter für Erst- und 25'000 für Zweitwohnungen. Damit war eine Zweit- gegenüber einer Erstwohnung im Durchschnitt um knapp einen Drittel grösser. Dieser Bauboom birgt ein enormes wirtschaftliches und landschaftliches Konfliktpotenzial. Zweitwohnungen verzehren nicht nur mehr Raum, sondern belasten mit ihrer ungenügenden Nutzung («kalte Betten») auch das Ortsbild. Sie konkurrenzieren zudem die Hotellerie, die deutlich mehr zur wirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt.

Trotz dieser Misere sind weit und breit keine lenkenden Planungsvorgaben in Sicht. Im Gegenteil, der Grosse Rat hatte bei der Beratung des kantonalen Raumplanungsgesetzes im Herbst 2004 die Limitierung von Zweitwohnungen abgelehnt. Auch der

Temps forts en 2004

Résidences secondaires en Haute-Engadine: une multiplication sans fin?

En juin 2003, La FP avait, avec Patrimoine suisse, adressé au Conseil fédéral un appel soutenu par une trentaine de personnalités. Elle lui demandait de prendre les mesures appropriées pour protéger la Haute-Engadine et y contenir le développement de l'urbanisation dans le cadre de l'approbation du plan directeur cantonal. En effet, ce plan directeur ne disait mot de la manière dont les communes devaient se protéger contre la construction effrénée de résidences secondaires et contre le déclassement de zones – et ce dans un paysage d'importance européenne unique dans tout l'arc alpin.

Cet appel a eu un impact dans tout le pays et attiré l'attention sur le problème des résidences secondaires. Le 19 septembre 2003, le Conseil fédéral a certes donné son approbation au plan directeur des Grisons, mais il a observé dans le même temps qu'il n'existait pour l'heure aucune donnée mise à jour sur la taille des zones à bâtir, les réserves et le degré d'équipement (art. 31 al. 3 Ordonnance sur l'aménagement du territoire, OAT). En ce qui concerne le développement de l'urbanisation, il a demandé que le canton fournisse aux communes les bases leur permettant de déterminer les réserves d'utilisation. «Il faudra ainsi évaluer dans quelle mesure les directives relatives au secteur partiel de l'urbanisation sont cohérentes avec les objectifs généraux du plan directeur concernant le paysage et le tourisme et où des directives et des missions d'aménagement «incitatives» données s'imposeront, au-delà du plan directeur cantonal, pour des planifications régionales et communales plus poussées.»

Les données statistiques sur la construction de résidences secondaires en Haute-Engadine sont disponibles depuis la fin de l'année 2004, et l'évolution ne va manifestement pas dans le sens du développement durable ni du respect du paysage. Depuis 1990, la construction de logements a connu une forte croissance: 3274 nouveaux logements sont sortis de terre, 60 pour cent étant des résidences secondaires. Entre 1999

Der Zweitwohnungsbau im Oberengadin zerstört die Landschaft (La Punt GR)

En Haute-Engadine, les résidences secondaires dégradent le paysage (La Punt GR)

Samstag, 15. Januar 2005 Engadiner Post

Konferenz von Bund, Kanton und Kreis Oberengadin verlangt

Stiftung für Landschaftsschutz macht Druck

Die SL erachtet den jüngst vom Kreis Oberengadin vorgelegten Grundlagenbericht zur Siedlungsentwicklung als untauglich und verlangt von der Bündner Regierung die Einberufung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund, Kanton und Kreis.

ud. «Lenkende Planungsmassnahmen sind noch weit und breit keine sichtbar», stellt Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz, in einem Brief an den Bündner Regierungsrat Hansjörg Trachsel fest. Rodewald bezieht sich dabei auf die Siedlungsentwicklung im Oberengadin, namentlich auf den Zweitwohnungs-Bauboom. «Im Gegenteil», so Rodewald: «Der Grosse Rat hat es bei der Beratung des kantonalen Raumplanungsgesetzes abgelehnt, eine Zweitwohnungslimitierung vorzunehmen. Und auch der Kreisrat Oberengadin lehnt es ab, die Initiative zur Einschränkung des Zweitwohnungsbaus zu unterstützen und verschob den Abstimmungstermin wiederholt.»

Dies obwohl sich mehrere Schutzorganisationen im Sommer 2003 an den Bundesrat gewandt hatten mit dem Anliegen, geeignete Massnahmen zum Schutz des Oberengadins zu ergreifen und beim zur Genehmigung vorliegenden Bündner Richtplan entsprechende Vorbehalte betreffend Siedlungsentwicklung im Oberengadin anzubringen. Die SL und Heimatschutz hatten im Richtplan namentlich Aussagen vermisst darüber, wie die Gemeinden sich vor übermässigem Zweitwohnungsbau und neuen Einzonungen schützen sollten.

Bundesrätliche Auflagen

Tatsächlich formulierte der Bundesrat im September 2003 bei der Genehmigung des Bündner Richtplans im Bezug auf die Siedlungsentwicklung Auflagen. Es gebe Regionen in Graubünden, in denen eigentliche Entwicklungsschübe zu registrieren seien, die einer «kontrollierenden Lenkung» bedürfen, hielt der Bundesrat fest und nannte dabei das Oberengadin namentlich. Weil zum aktuellen Stand der Bauzonengrössen, Baulandreserven und Erschliessung keine aktuellen Angaben vorhanden seien, solle der Kanton den Gemeinden die Grundlagen für die Ermittlung der Nutzungsreserven zur Verfügung stellen, postulierte der Bundesrat. Damit werde zu beurteilen sein, wo sich Planungsvorgaben und -aufträge aufdrängen, die dann über den kantonalen Richtplan in die regionalen und kommunalen Planungen einfliessen.

Die vom Kreis Oberengadin erhobenen und Mitte Dezembe 2004 präsentierten statistischen Daten über die Siedlungsentwicklung und den Zweitwohnungsbau im Oberengadin hält die SL als «klar nicht nachhaltig und nicht landschaftsgerecht», schliesslich sei das Oberengadin alpenweit einzigartig und eine Landschaft von europäischer Bedeutung.

Baubremse «dringendst»

Der Grosse Rat und der Oberengadiner Kreisrat hätten es unterlassen, Lenkungsmassnahmen zu definieren, stellt die SL fest. Und weil auf Bundesebene die «Lex Koller» aufgehoben und die flankierenden Massnahmen den Kantonen übertragen werden sollen, hält sie Massnahmen zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaus im Oberengadin für «dringendst». Am besten eigne sich dafür eine tripartite Konferenz zwischen Bund, Kanton und Kreis. Diese nötige Kooperation ergebe sich schon allein aufgrund der Auflagen des Bundesrates zum Bündner Richtplan, ist SL-Geschäftsführer Raimund Rodewald überzeugt.

Beim Bündner Departement des Innern und der Volkswirtschaft bestätigt man den Erhalt des SL-Briefes. Man werde das Begehren prüfen, wie DIV-Raumplanungsjurist Carlo Decurtins auf Anfrage sagte. Dabei wies er allerdings auf die bereits mehrfach bekannt gemachte Grundsatzhaltung der Regierung hin, wonach die Lenkung der Siedlungsentwicklung und namentlich des Zweitwohnungsbaus in erster Linie Sache der Regionen und der Gemeinden sei.

Die SL fordert die Beschränkung des Baus von Zweitwohnungen

La FP réclame un frein à la construction de résidences secondaires

Kreisrat Oberengadin votierte gegen die Kreisinitiative vom 13. Januar 2004 zur Einschränkung des Zweitwohnungsbaues und setzte den Abstimmungstermin auf Juni 2005. Schliesslich sollen auf Bundesebene die «Lex Koller» aufgehoben und die flankierenden Massnahmen hierzu primär den Kantonen übertragen werden.

Die SL ist daher der Meinung, dass nun dringend Massnahmen zur Begrenzung des Zweitwohnungsbaues im Oberengadin erarbeitet werden müssen. Am besten eignet sich hierfür eine tripartite Konferenz zwischen Bund, Kanton und Kreis als logische Folge der eingangs zitierten Auflage des Bundesrates. Die SL ersuchte Anfang 2005 den Kanton Graubünden, eine solche Kooperation zu initiieren. Das Anliegen stiess jedoch auf wenig Gehör: Der zuständige Regierungsrat sieht momentan keinen Handlungsbedarf.

Im Zusammenhang mit der «Lex Koller» schlägt die SL dem Bund ferner vor, eine gesetzliche Verpflichtung zur Limitierung des Zweitwohnungsbestandes zuhanden der Kantone im Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) oder in einem eigenen Gesetz («Lex Zweitwohnungen») zu prüfen.

Das Oberengadin bleibt weiterhin im Fokus der SL: So engagierten wir uns 2004 bei einigen Bauvorhaben (Fussgängerbrücken Parkhaus St. Moritz und Sils, Hotelumnutzungen St. Moritz, Skigebietserschliessung Zuoz, Ortsplanung Samedan, Flazbachverlegung Samedan, Neubau «Chesa Arfex» in Sils etc.) und erreichten da und dort Verbesserungen. Ferner unterstützen wir auch die Kreisinitiative und arbeiten in der Stiftung Terrafina Oberengadin mit.

«Konzept Windenergie Schweiz» löst die Konflikte nicht

Die Windenergie erfährt derzeit in ganz Europa einen teilweise boomhaften Ausbau. Namentlich die gigantischen Dimensionen der Anlagen (Höhen bis 170 Meter) und die Grösse der Windparks führen zu immer stärkeren Widerständen und Kritiken. Neben der Frage der landschaftlichen Verträglichkeit erhält die gesellschaftliche Akzeptanz einen zunehmenden Stellenwert in der Windkraftplanung.

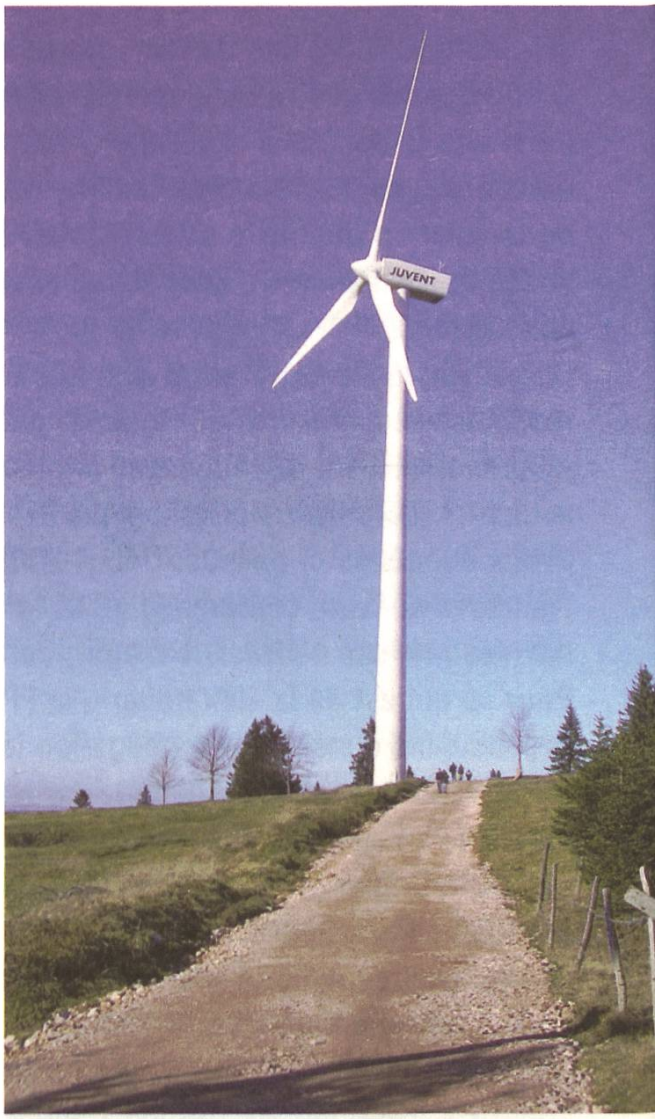
Die SL hat bereits 1996 erste Grundsatzkriterien zur Windenergie erarbeitet. Im Jahr 2001 hat sie ihre Position aufgrund der damals neu auftretenden grossen Anlagetypen

et 2003, il a été construit deux fois plus de résidences secondaires que de logements principaux. La part des résidences secondaires dans le logement en général a atteint 57,7 pour cent en 2003. En d'autres termes, si la construction se poursuit au même rythme, les réserves de terrains à bâtir seront épuisées d'ici 2009. En moyenne, 36'000 mètres carrés de surface d'étage brute ont été réalisés chaque année, mais 11'000 m2 pour le logement principal et 25'000 m2 pour des résidences secondaires. Ainsi une résidence secondaire était en moyenne d'un tiers plus grande qu'un logement principal. Ce boom de la construction recèle un énorme potentiel de conflits économiques et paysagers. Les résidences secondaires ne mangent pas seulement davantage d'espace, elles défigurent aussi le site faute d'être suffisamment occupées («lits froids»). De plus, elles entrent en concurrence avec l'hôtellerie, qui crée nettement plus de valeur ajoutée économique.
Malgré ce tableau désolant, aucune directive n'est en vue pour infléchir cette évolution. A l'automne 2004, lors de l'examen de la loi cantonale sur l'aménagement du territoire, le Grand Conseil des Grisons a rejeté la limitation des résidences secondaires. L'assemblée de Haute-Engadine a également voté contre l'initiative populaire du 13 janvier 2004 demandant la restriction de la construction des résidences secondaires et a fixé la date de la votation populaire en juin 2005. Enfin, sur le plan fédéral, la «lex Koller» doit être abolie et les mesures d'accompagnement dans ce domaine confiées en tout premier lieu aux cantons.
En conséquence, la FP est d'avis que des mesures destinées à freiner la construction de résidences secondaires en Haute-Engadine doivent être prises de toute urgence. Pour ce faire, le mieux est de réunir une conférence tripartite entre la Confédération, le canton et le district, qui serait la suite logique des modalités définies par le Conseil fédéral que nous avons évoquées ci-dessus. Début 2005, la FP a prié le canton des Grisons de prendre l'initiative de cette conférence. Mais la requête a eu peu d'écho: le gouvernement cantonal n'estime pas nécessaire d'agir pour le moment.
Pour ce qui est de la «lex Koller», la FP propose par ailleurs à la Confédération d'étudier la possibilité d'insérer une obligation légale de limiter le parc de résidences secondaires à l'adresse des cantons dans la loi fédérale sur l'aménagement du territoire (LAT) ou dans une loi spécifique («loi sur les résidences secondaires»).
La Haute-Engadine demeure en point de mire de la FP: en 2004, nous nous sommes engagés dans quelques projets de construction (pont piétonnier du parking de St-Moritz et Sils, changements d'affectation d'hôtels à St-Moritz, desserte du domaine skiable de Zuoz, aménagement local à Samedan, déplacement du Flazbach à Samedan, immeuble Chesa à Arfex/Sils, etc.) et avons obtenu ici ou là quelques améliorations. Enfin, nous apportons notre soutien à l'initiative populaire locale et œuvrons au sein de la fondation Terrafina Haute-Engadine.

Le concept d'énergie éolienne pour la Suisse ne résout pas les conflits
L'énergie éolienne affiche actuellement dans toute l'Europe une croissance exponentielle. Simultanément, d'importants mouvements de protestation voient le jour, contestant principalement le gigantisme des installations (des hauteurs jusqu'à 170 m) et l'étendue des

so präzisiert, dass sie Grosswindkraftanlagen über 60 Meter Gesamthöhe als grundsätzlich landschaftsunverträglich ablehnte. Sie forderte zudem eine nationale Planung der Windkraft, um die Grenzen dieser Entwicklung frühzeitig festzulegen. Die Verbesserung der Energieeffizienz sowie die Nutzung der Energie aus Biomasse haben für die SL Vorrang. Die Zahl von (kleinen) Windparks ist auf 5 bis 10 abschliessend zu beschränken.
Erfreulicherweise nahmen das Bundesamt für Energie (BFE), das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) und das Bundesamt für Raumentwicklung (Are) den Vorschlag der nationalen Planung auf und erarbeiteten unter Mitwirkung der SL in der Begleitgruppe ein «Konzept Windenergie». Die SL erachtet dieses zwar als ersten Schritt in die richtige Richtung, eine landschaftsschonende Windkraftentwicklung ist damit aber nicht gesichert. Folgende Aspekte sind kritisch zu beurteilen:

- Für die SL ist das Ausbauziel von 50 bis 100 Gigawattstunden durch das BFE vom November 2001 bis 2010 deutlich übertrieben. Dieses Ziel nahm die Frage bereits vorweg, wie viele Standorte nötig und sinnvoll seien.
- Der Planungshorizont ist viel zu kurz. Es ist absehbar, dass die Ausbauziele weiter nach oben korrigiert und ab 2010 neue zusätzliche Standorte und Anlagen erstellt werden müssen. Erste Energieprognosen bis 2035 sind bereits erarbeitet.
- Das Konzept verhindert keine Windparks ausserhalb der präsentierten Liste. So ist etwa im Biosphärenreservat Entlebuch ein Windpark mit vorderhand zwei Anlagen geplant (die erste Anlage von 87,5 Metern Höhe wird demnächst erstellt), obwohl das Gebiet nicht im Konzept aufgeführt ist.
- Die Reduktion der ursprünglich bevorzugten Anzahl Standorte von 40 auf 28 ist zu begrüssen. Die Zahl ist aber weiterhin zu gross. Darüber hinaus sind im Konzeptbericht 68 so genannte «übrige Standorte» festgehalten, die teilweise in kantonal/kommunal geschützten Landschaften liegen. Ferner besteht die Gefahr, dass ein begonnener Bau eines Windparks kaum mehr gestoppt werden kann, wie das Beispiel vom Mont Crosin zeigt. Die regionale Planung, die vom Kanton nicht homologiert ist, ermöglicht hier theoretisch Dutzende von Anlagen.



Windkraftanlage von ca. 100 Meter Höhe auf dem Mont-Soleil bei St. Immer BE

Aérogénérateur de 100 m de haut avec nouvel accès à Mont-Soleil sur Saint-Imier BE

parcs éoliens. Leur planification doit toujours mieux prendre en compte, outre leur impact sur le paysage, leur degré d'acceptation dans les populations concernées.
En 1996 déjà, la FP a élaboré une liste de critères paysagers d'entrée en matière. Puis, en 2001, elle a précisé sa position eu égard à l'émergence sur le marché de turbines industrielles de grandes dimensions, et a rejeté, pour des raisons d'incompatibilité avec le paysage suisse, celles dont la hauteur totale dépasse 60 m. Elle a en outre suggéré une «planification de l'énergie éolienne à l'échelle nationale, permettant de fixer suffisamment tôt les limites de ce développement». La FP maintient sa revendication principale: il y a lieu d'éviter la mainmise des éoliennes sur le paysage, comme elle peut être observée chez nos voisins allemands, français, danois et espagnols. Le nombre des (petits) parcs éoliens doit être définitivement restreint à 5 à 10 exemplaires en Suisse, où beaucoup de sites ont déjà été consacrés à l'énergie hydraulique, et qui n'est manifestement pas un «plat pays» fortement venté. L'amélioration de l'efficacité énergétique et l'utilisation des autres énergies renouvelables sont prioritaires aux yeux de la FP.
La FP remercie l'Ofen, l'Ofefp et l'Odt d'avoir donné suite à sa requête concernant une conception fédérale en matière d'énergie éolienne, ainsi que de l'avoir invitée à participer à son élaboration. Sa présentation montre qu'il s'agit d'un premier pas dans la bonne direction, mais qu'un développement respectueux du paysage n'est pas du tout garanti. Les aspects suivants doivent selon nous être jugés de manière critique:

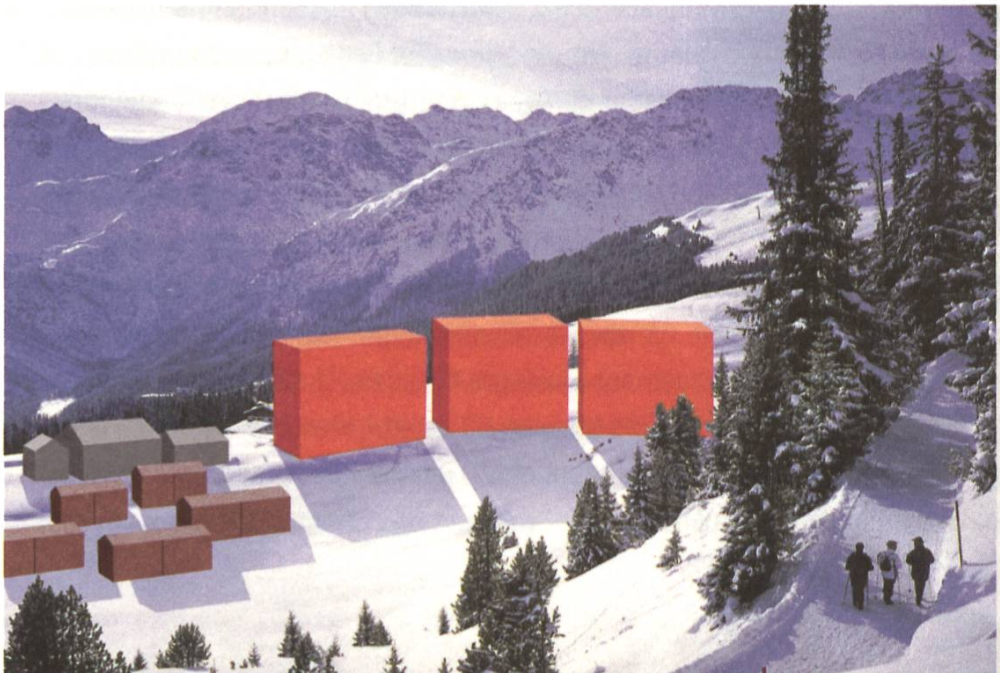
- Les objectifs de production éolienne de 50 à 100 GWh fixés par l'Ofen en novembre 2001 pour 2010 sont notablement exagérés. Cette manière de mettre la charrue avant les boeufs a éludé la question de l'opportunité et du nombre des emplacements.
- La période de planification est beaucoup trop brève. On peut craindre de nouvelles corrections des objectifs vers le haut et la planification de sites supplémentaires dès 2010. Des études prospectives jusqu'en 2035 sont en cours.
- Le concept national n'a pas force contraignante et n'interdit aucun parc éolien extérieur aux emplacements proposés. A Chaumont sur Neuchâtel ou dans la réserve de la biosphère de l'Entlebuch par exemple, des installations sont projetées qui n'ont pas de rapport avec le concept.
- La réduction de 40 à 28 du nombre des emplacements sélectionnés est salutaire aux yeux de la FP, mais la liste des potentialités demeure disproportionnée. Les auteurs du rapport formulent l'hypothèse que 5 à 10 parcs totalisant quelque 60 turbines suffiraient à atteindre les objectifs fixés pour les 5 prochaines années, parmi les 28 emplacements autorisant 190 aérogénérateurs de 100 mètres de haut. Mais rien n'interdit d'implanter un jour les 28 parcs, auxquels viennent s'ajouter 68 «sites restants», dont certains dans des paysages protégés. Une fois engagé, le processus de construction d'un parc ne peut plus être freiné (à l'exemple de Mont-Crosin / Mont-Soleil, où une planification régionale non homologuée par le canton de Berne autoriserait théoriquement plusieurs dizaines (!) d'aérogénérateurs).
- Deux parmi les 28 sites (Sainte-Croix VD et Crêt-Meuron NE) sont fortement contestés au niveau local et font l'objet d'oppositions en procédure d'autorisation. Leur recommandation par des autorités fédérales est inconséquente.

- 2 der 28 Standorte sind höchst umstritten und wurden im Bewilligungsverfahren auch angefochten. Es ist unverständlich, dass diese beiden Standorte, Ste-Croix VD und Crêt-Meuron NE, nun vom Bund empfohlen werden.

Das «Konzept Windenergie Schweiz» erfüllt die Erwartungen der SL nicht. Sie schlägt daher vor, dass (a) die vorgeschlagene Zahl der möglichen Standorte stark reduziert wird und dass (b) hierfür die insgesamt 28 Standorte einer vertieften Landschafts- und Akzeptanzanalyse unterworfen werden. Im Übrigen ist der Ausbauhorizont auf 2020 zu erhöhen. Zur Umsetzung, Weiterführung und Überarbeitung des Konzeptes soll eine Begleitgruppe eingesetzt werden, in der auch die kritischen Umweltverbände vertreten sind. Der Stiftungsrat der SL liess sich im Oktober 2004 von Vertretern des BFE ausführlich über das Konzept ins Bild setzen und äusserte auch seine Kritik dazu.

Bessere Koordination bei Grossvorhaben

Arbeitszone Galmiz FR, «Milaviparc» in Avenches VD/Domdidier FR, «La Terrasse de Gstaad» (BE), «Wellnessresort Prätschli» in Arosa und Schatzalpturm in Davos GR, Thermalbad Diessenhofen TG, Einzonung Auvernier NE, Verwaltungs- und Logistikcenter Lidl in Näfels GL sowie Hugo-Boss-Direktionszentrum in Besazio TI. So lauten die Grossvorhaben quer durch die Schweiz, die in der vergangenen Zeit in der Öffentlichkeit und bei der SL zu Diskussionen führten. Das Gemeinsame dieser Projekte ist die Tatsache, dass aufgrund ihrer Grösse von einer bis mehreren Hektaren und der anbegehrten Neueinzonungen Konflikte mit geschützten oder schützenswerten Landschaften, Fruchtfolgeflächen oder der Raum- und Richtplanung entstanden. Nicht selten übt der Zeitplan, den die Bauherrschaft für das Bewilligungsverfahren vorlegt, einen erheblichen politischen Druck auf die Behörden aus. Dies führt dazu, dass bei den erwähnten Bauvorhaben eiligst Umzonungs- und Richtplanänderungsverfahren eingeleitet und durchgeführt werden mussten. Nicht selten wird der Regierungsrat bereits in einer frühen Phase um Unterstützung ersucht. Und dieser stellt – wer mag es den Investoren vergönnen? – aus wirtschaftlichen Überlegungen eine Bewilligung in Aussicht. Bei dieser Konstellation werden kritische Fragen und Verbesserungsvorschläge aus der Bevölkerung oder von



Geplantes Grossprojekt «Prätschli Wellnessresort» in Arosa GR

Le «Wellnessresort Prätschli», un projet d'envergure à Arosa GR

Le concept d'énergie éolienne pour la Suisse ne répond pas aux attentes de la FP. Nous proposons par conséquent (a) une forte réduction des sites potentiels, et (b) à cet effet, une analyse approfondie des 28 emplacements suggérés sur les thèmes du paysage et de l'acceptation populaire. L'horizon de planification doit en outre être prolongé jusqu'en 2020, et les mesures de mise en oeuvre ou de révision du concept doivent être suivies par un groupe d'accompagnement auquel appartiennent également les associations environnementales critiques.
En octobre 2004, le Conseil de fondation de la FP a invité des représentants de l'Ofen à lui présenter le concept en détail; à cette occasion, il leur a fait part de ses remarques et objections.

Une coordination accrue pour les grands chantiers

Zone d'activité de Galmiz FR, Milaviparc à Avenches/Domdidier FR, «La Terrasse de Gstaad», Prätschli Wellness-Resort/Arosa et la tour Schatzalp/Davos GR, Bains thermaux de Diessenhofen TG, dézonage Swatch à Auvernier NE, centre administratif et logistique Lidl à Näfels GR, bâtiment directorial Hugo Boss à Besazio TI. Tels sont les méga-projets qui ont fait parler d'eux ces derniers temps en Suisse et provoqué la discussion à la FP. Le point commun de ces projets? Etant donné leurs dimensions – entre un et plusieurs hectares – et la nouvelle affectation de terrains qu'ils supposent, des conflits ont surgi avec des paysages ou des surfaces d'assolement protégés ou dignes de protection, ou avec l'aménagement du territoire et les plans directeurs. Il n'est pas rare que le calendrier présenté par les maîtres d'ouvrage pour la procédure d'autorisation exerce une forte pression politique sur les autorités. Résultat: pour les projets cités, il a fallu engager et réaliser à la hâte des procédures pour modifier l'affectation d'une zone et le plan directeur. Il n'est pas rare non plus que le gouvernement cantonal soit prié d'apporter son aide au stade précoce de la procédure. Et celui-ci – qui le priverait de ce plaisir? – fait miroiter une autorisation pour des raisons économiques. Dans un tel contexte, les questions critiques et les propositions d'amélioration formulées par la population ou des organisations de protection de l'environnement comme la FP dérangent. A cela s'ajoute que ces organisations n'ont pas de droit de recours pour les plans d'affectation et n'ont pas non plus la possibilité de participer à la modification des plans directeurs. Le débat et la question de principe – le projet est-il approprié en termes d'aménagement et compatible avec l'environnement? – se déplacent ainsi vers la procédure de permis de construire. Autre point problématique: les modifications du plan directeur ne sont parfois réalisées qu'après l'octroi des autorisations politiques décisives et sont présentées à l'approbation de la Confédération seulement après coup. Dès lors, celle-ci, faute de possibilité de sanctions, ne peut souvent qu'assortir la modification du plan directeur de conditions qui ne peuvent que difficilement être respectées. Dans les régions où le paysage est protégé sur le plan national, les grands projets impliquant des déclassements sont – paradoxalement – réalisables généralement sans avoir à consulter la Confédération. Par contre, les projets de taille nettement moindre comme les changements d'affectation de bâtiments agricoles hors des zones à bâtir dans les

Umweltorganisationen wie der SL als störend empfunden. Dazu kommt, dass die Umweltverbände bei Nutzungsplanungen kein Verbandsbeschwerderecht und bei Richtplanänderungen auch keine Mitwirkungsmöglichkeit haben. Dadurch verlagert sich die Auseinandersetzung mit der Grundsatzfrage, ob das Vorhaben planerisch zweckmässig und umweltverträglich ist, auf das Baubewilligungsverfahren. Weiter problematisch ist, dass die damit verbundenen Richtplanänderungen mitunter erst nach den entscheidenden politischen Bewilligungen durchgeführt und dem Bund erst im Nachhinein zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieser kann dann mangels Sanktionsmöglichkeiten eine Richtplanänderung oftmals nur mit Auflagen verbinden, die wiederum nur schwer eingehalten werden können. In nationalen Landschaftsschutzgebieten sind Grossvorhaben, die Einzonungen bedingen, in der Regel paradoxerweise ohne Bundesanhörung realisierbar. Demgegenüber erfordern deutlich kleinere Vorhaben wie Umnutzungen von landwirtschaftlichen Gebäuden ausserhalb der Bauzonen in den gleichen Gebieten in der Regel eine Stellungnahme der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK). Die heutige Bestimmung und Kompetenzordnung über die Nutzungsplanung ist weder zeitgemäss noch problemgerecht. Der flächige Bodenverbrauch lässt sich so nicht bremsen. Eine Stärkung der Rolle des Bundes ist daher vonnöten.

Dieser raumplanerischen Schwäche muss mit einer griffigeren Praxis und eventuell einer Gesetzesänderung begegnet werden. Um in Zukunft Fehlplanungen zu vermeiden, wäre es zweckmässig, bei Grossvorhaben möglichst frühzeitig eine Mitwirkung des zuständigen Bundesamtes vorzusehen. Ein Vorschlag der SL, den Erika Forster als Motion im Dezember 2004 im Ständerat eingereicht hat, betrifft die Einführung einer Bundesanhörung bei Grossvorhaben. Diese würde richtplanrelevante Projekte mit erheblichen Auswirkungen auf Raum und Umwelt anvisieren, die sich aus der Rechtsprechung ergeben und die der Bund bezeichnen kann. Das Are müsste im Rahmen einer solchen Anhörung verschiedene Aspekte prüfen. Dies sind zum Beispiel die interkantonale Koordination (eine Bundesaufgabe gemäss Art. 75, Abs. 1 Bundesverfassung BV), die Richtplankonformität, die Verträglichkeit mit dem verfassungsmässigen Grundsatz der haushälterischen Bodennutzung und der geordneten Besiedlung sowie die Übereinstimmung mit dem übrigen Bundesrecht. Diese Bundesanhörungspflicht lässt sich durch die Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen begründen.

Die Vorteile liegen in der Absicherung der übergeordneten planerischen Koordination, in der frühzeitigen Klärung planerischer Grundsatzfragen sowie in der damit verbundenen erhöhten Sicherheit für die Investoren.

Diese Anhörungspflicht könnte einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Raumplanung in der Schweiz leisten. Die SL wird zur neuerlichen «Baustelle Raumplanungsgesetz» («Lex Koller», Ausnahmen für das Bauen ausserhalb der Bauzone) weitere Vorschläge einbringen.

mêmes régions exigent normalement une prise de position de la commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage (CFNP). Les dispositions en vigueur et la réglementation actuelle des compétences en matière de plans d'affectation ne sont adaptées ni à notre époque ni à la nature des problèmes. Ce n'est pas de cette manière qu'il sera possible d'enrayer la dilapidation du sol. C'est pourquoi le renforcement du rôle de la Confédération est une nécessité.

Ce point faible du dispositif sur l'aménagement du territoire doit être éliminé par une pratique plus efficace et, le cas échéant, une modification de la loi. Pour éviter à l'avenir les planifications déficientes, il serait opportun de prévoir la participation de l'office fédéral compétent le plus tôt possible. Une proposition de la FP, qu'Erika Forster a déposée au Conseil des Etats sous forme de motion en décembre 2004, vise à introduire une consultation de la Confédération pour les grands projets. Cette consultation concernerait les projets relevant du plan directeur qui ont d'importantes répercussions sur le territoire et l'environnement, découlant de la jurisprudence et que la Confédération peut désigner. Dans le cadre de cette consultation, l'Office fédéral du développement territorial (ARE) devrait étudier différents aspects, comme la coordination intercantonale (tâche fédérale conformément à l'art. 75 al. 1 de la constitution fédérale), la conformité au plan directeur, la compatibilité avec le principe constitutionnel de l'utilisation mesurée du sol et de l'occupation rationnelle du territoire, ainsi que la conformité avec le droit fédéral. Cette obligation de consulter la Confédération se justifie en vertu des dispositions de la constitution fédérale et de la loi.

Quant aux avantages, ils résident dans la certitude que la coordination supérieure est assurée en matière d'aménagement, dans le règlement précoce des questions fondamentales d'aménagement, ainsi que dans la sécurité accrue dont les investisseurs bénéficient de ce fait.

Cette obligation de consulter la Confédération pourrait représenter une contribution importante au renforcement de l'aménagement du territoire en Suisse. La FP apportera d'autres propositions au chantier de la loi sur l'aménagement du territoire («lex Koller», dérogations pour la construction hors de la zone à bâtir).

Nouvelles améliorations foncières – ombre et lumière

Du point de vue de la protection de la nature et du paysage, les améliorations foncières globales sont moins problématiques aujourd'hui qu'il y a encore quelques années. La raison en est d'une part le moins grand nombre de projets, d'autre part la collaboration qui s'est nettement améliorée entre l'agriculture et la protection de la nature. De surcroît, les projets de réseaux régionaux sont devenus la norme dans le cadre du rapport d'étude d'impact sur l'environnement, comme dans les Grisons. Il est ainsi possible de coupler et de subventionner les mesures agricoles et les mesures de protection de la nature et du paysage, comme le démontre la réfection des murs de pierres sèches le long des parcelles de blé à Vals GR. Les projets d'équipement globaux posent sensiblement plus de problèmes, et aussi, parfois, les mesures ne concernant qu'une seule exploitation. En ce qui concerne les premiers, ce sont les dix pour cent de zones d'esti-

Neue Meliorationen – Licht und Schatten

Gesamtmeliorationen sind heutzutage aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes weniger problematisch als noch vor Jahren. Grund hierfür ist einerseits die geringere Zahl an Projekten, andererseits die deutlich verbesserte Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Zudem gehören wie beispielsweise in Graubünden regionale Vernetzungskonzepte im Rahmen des Umweltverträglichkeitsberichtes zum Standard. Damit lassen sich landwirtschaftliche Massnahmen mit denjenigen des Natur- und Landschaftsschutzes verknüpfen und subventionieren, wie die Trockenmauersanierung entlang von Weidenparzellen in Vals GR beweist.

Deutlich problematischer sind Gesamterschliessungsprojekte und mitunter einzelbetriebliche Massnahmen. Bei ersteren geht es heute um die verbleibenden 10 Prozent aller Alpsömmerungsgebiete ohne Strassen und moderne Seilbahnerschliessung. Diese Gebiete, wie zum Beispiel die Alpen Iselten, Giesene und Sefinen im Berner Oberland, sind bisher nicht vollumfänglich erschlossen worden, weil die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht aufging und ein Strassenbau erhebliche landschaftliche Eingriffe verursacht hätte. Trotzdem tauchen immer wieder neue Pläne von möglichen Zufahrten zu diesen Alpen auf.

Fragwürdig sind auch nachträgliche, oftmals nicht publizierte Einbauten von Hartbelägen in Flurwege, die einst als Kieswege bewilligt und subventioniert wurden. Einzelbetriebliche Massnahmen wie Stallneubauten können aus landschaftsschützerischer Sicht ebenfalls zu Problemen führen. Für die immer grösser werdenden landwirtschaftlichen Hochbauten, namentlich im Talgebiet und in der Hügelzone, die unter dem Prädikat «zonenkonform» in der Landwirtschaftszone erstellt werden, gibt es kaum befriedigende Lösungen. Hier ist aber weniger die Strukturverbesserung als vielmehr die Raumplanung gefragt.

Positiv hervorzuheben ist, dass die periodische Wiederinstandstellung von Erschliessungen, von Bewässerungsanlagen (Suonen) sowie von Trockenmauern auf Terrassen als beitragsberechtigte Massnahmen im Rahmen

Blick ins Meliorationsgebiet von Vals GR

Vue à l'intérieur du périmètre des améliorations foncières de Vals GR

vage encore dépourvues de routes et de desserte moderne par téléférique. Ces contrées, comme les alpages d'Iselten, de Giesene et de Sefinen, dans l'Oberland bernois, n'ont pas encore été entièrement équipées, parce que le rapport coût/utilité n'était pas avantageux et que la construction d'une route aurait provoqué de graves atteintes au paysage. De nouveaux projets de voies d'accès à ces alpages ne cessent pourtant de ressortir des tiroirs.

Souvent non mise à l'enquête, la pose d'un revêtement en dur sur un chemin hors forêt, dont l'aménagement en chemin recouvert de gravier avait été autrefois autorisé et subventionné, est aussi discutable. Les mesures ne concernant qu'une entreprise, comme les nouvelles étables, peuvent aussi soulever des problèmes du point de vue du paysage. Pour les bâtiments agricoles toujours plus grands, en particulier dans les vallées et les zones de collines, érigés dans la zone agricole sous le label de la «conformité à l'affectation de la zone», il n'existe pour ainsi dire pas de solutions satisfaisantes. Mais c'est ici moins l'amélioration des structures que l'aménagement du territoire qui est en cause.

Il faut souligner et se féliciter que la remise en état périodique des équipements, des installations d'irrigation (bisses) ainsi que des murets de pierres sèches sur les terrasses ait été admise dans l'ordonnance fédérale récemment modifiée, où elle figure comme mesure donnant droit à des subventions dans le cadre de l'amélioration des structures paysagères. Les améliorations foncières conçues comme des remembrements ont en outre l'avantage non négligeable que le système de propriété parcellaire peut être annulé pour une certaine période et qu'un territoire paysager plus important peut être remis aux membres d'une coopérative d'améliorations foncières au titre de bien collectif. Cela permet de placer le débat et la question de l'évolution paysagère future dans les mains d'une organisation responsable qui peut redistribuer les droits de propriété et surtout les droits d'usage sur un territoire de grande dimension.

Au chapitre de l'aménagement de chemins dans le cadre des améliorations foncières, la FP note qu'il est encore et toujours judicieux de débattre publiquement du rapport coût/utilité. La question de la nécessité et du degré d'équipement s'est régulièrement posée à l'occasion des récentes améliorations foncières expertisées par la FP à Sumvitg, à Vals et St. Antönien GR, des projets de construction de chemins sur l'alpage d'Iselten/Gündlischwand (recours), sur l'alpage de Giesene/Kandergrund, dans le canton de Berne, de l'accès à la ferme zur Spierweid, à Flühli LU, ainsi que de la desserte en forêt et de l'équipement des «rustici» à Costa-Selna/Intragna TI. Alors que, dans le canton des Grisons, on construit toujours plus de chemins à piste en béton en lieu et place de grands chemins d'alpage, ce mode de construction est peu répandu dans d'autres cantons. Dans le canton de Zurich, on étudie actuellement la possibilité de transformer les généreuses subventions versées pour la construction de chemins en contributions directes aux exploitants à l'aide d'un modèle de subventionnement axé sur l'efficacité. L'Autriche pratique un système voisin de contributions pour l'exploitation alpestre, modulé en fonction du degré d'équipement. A notre sens, ce système pourrait être transféré à la Suisse.

von landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen in die jüngst revidierte eidgenössische Verordnung aufgenommen wurde. Meliorationen im Sinne von Landumlegungen haben heute ferner den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass das bestehende parzellare Eigentumssystem für eine gewisse Zeit aufgelöst werden kann und den Mitgliedern einer Meliorationsgenossenschaft ein grösserer Landschaftsraum im Sinne einer Allmende übertragen wird. Dies ermöglicht, die Auseinandersetzung mit der Frage der zukünftigen Landschaftsentwicklung in die Hände einer Trägerschaft zu legen, die Eigentums- und vor allem Nutzungsrechte über einen grösseren Raum neu verteilen kann.

Bei den Wegebauten im Rahmen von Meliorationen ortet die SL nach wie vor einen öffentlichen Diskussionsbedarf zum Kosten-Nutzen-Verhältnis. So stellen sich bei den aktuellen, von der SL begutachteten Meliorationen Sumvitg, Vals und St. Antönien GR und den Wegebauprojekten auf die Alp Iselten in Gündlischwand (Einsprachefall) und die Alp Giesene in Kandergrund im Kanton Bern, bei der Hofzufahrt zur Spierweid in Flühli LU sowie bei der forstlichen und Rustici-Erschliessung Costa–Selna in Intragna TI wiederholt Fragen nach der Notwendigkeit und dem Ausbaugrad. Während im Kanton Graubünden immer mehr Betonspurwege anstelle von grosszügigen Alpwegen erstellt werden, ist diese Bauart in anderen Kantonen wenig verbreitet. Im Kanton Zürich wird zurzeit geprüft, wie die erheblichen Wegebausubventionen anhand eines wirkungsorientierten Subventionsmodells in direkte Beiträge an die Bewirtschafter umgewandelt werden können. Österreich kennt in Anlehnung daran ein Beitragssystem für die Alpbewirtschaftung, das abhängig vom Erschliessungsgrad differenziert wird. Aus Sicht der SL liesse sich dieses auch auf die Schweiz übertragen.

Vorbildlich ist insbesondere im Kanton Graubünden der Einbezug der Umweltverbände in der frühen Phase der Festlegung des Wegnetzes, was bereits zu Verbesserungen geführt hat. Dennoch lässt sich das Grundproblem nicht ausräumen, dass der Strukturwandel in der Landwirtschaft heutzutage rascher abläuft als das Meliorationsverfahren. Deshalb kann es geschehen, dass sich die Alpwirtschaft betrieblich bereits markant verändert hat, wenn mit dem Bau eines Jahre zuvor bewilligten Weges begonnen wird. In solchen Fällen wäre es wünschenswert, wenn die Behörden den Mut aufbrächten, das Bauprojekt angesichts des fehlenden oder fragwürdigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu stoppen oder zumindest zu überprüfen. Andernfalls drohen diese Wege nämlich mehrheitlich anderen Interessen (Gastronomie, Ferienhauserschliessung) als der Landwirtschaft zu dienen.

«Grundsätze zur Erhaltung und Pflege von Terrassenlandschaften der Schweiz» – eine Studie der SL

Wichtigstes Ziel der SL-Kampagne «Proterra» ist die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Terrassenlandschaften der Schweiz. Nebst der Öffentlichkeitsarbeit und der Förderung von Umsetzungsprojekten ist die Grundlagenstudie «Grundsätze und Wege zur Erhaltung der Terrassenlandschaften der Schweiz» ein weiterer Baustein. Den vom Buwal mitfinanzierten Bericht erarbeitet Jeannine Lingeri. Ziel ist es, die in der Schweiz vorhandenen Terrassenlandschaften zu erfassen, zu beschreiben und zu bewerten. Daraus sollen

Solche Wege wünscht sich der Landschaftsschutz, Hinterbergen LU

Les défenseurs du paysage souhaitent de tels chemins, Hinterbergen LU

Dans les Grisons, la manière d'associer les organisations environnementales à la première phase de la définition du réseau des chemins est tout particulièrement exemplaire, elle a déjà permis d'obtenir des résultats. Toutefois, le problème fondamental n'est pas réglé pour autant, puisque les changements structurels dans l'agriculture vont toujours plus vite aujourd'hui que la procédure des améliorations foncières. C'est la raison pour laquelle il peut arriver que l'économie alpestre ait profondément changé au moment où commence la construction d'un chemin au bénéfice d'une autorisation datant de plusieurs années. Dans de telles situations, il serait souhaitable que les autorités aient le courage d'arrêter les travaux ou à tout le moins de réexaminer le projet, compte tenu du rapport défavorable ou discutable entre son coût et son utilité. Si elles ne le font pas, ces chemins risquent dès lors d'être utiles à d'autres intérêts (la restauration, l'équipement des chalets de vacances) que l'agriculture.

Principes de base pour la conservation et l'entretien des paysages en terrasses de Suisse – une étude de la FP

L'objectif premier de la campagne «Proterra» lancée par la FP est de sensibiliser la population aux paysages en terrasses de Suisse. Outre l'activité d'information du public et l'encouragement de projets concrets, la campagne s'appuie sur un autre pilier, l'étude scientifique «Principes de base et moyens pour la conservation des paysages en terrasses de Suisse». Ce rapport, cofinancé par l'OFEFP, est rédigé par Jeannine Lingeri, une géographe en stage à la FP. Il a pour but de recenser les paysages en terrasses qui existent dans notre pays, d'en donner une description et de les évaluer. A partir de là, l'auteure compte formuler des principes et des critères pour la sauvegarde et l'entretien des paysages en terrasses. L'ouvrage aborde les questions suivantes:

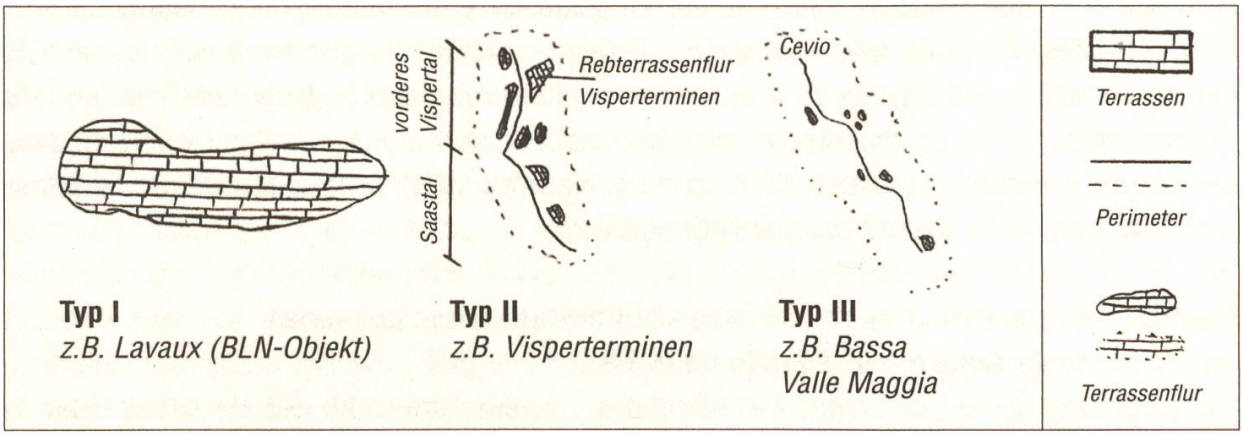
- état actuel
- importance des acteurs dans l'évolution de ces paysages
- influence des bases légales sur l'évolution de ces paysages
- changements attestés dans l'évolution de ces paysages

Grundsätze und Kriterien zur Erhaltung und Pflege der Terrassenlandschaften (TL) abgeleitet werden. Folgende Themen stehen im Zentrum:

- aktueller Zustand
- Bedeutung der Akteure bei der Entwicklung der TL
- Einfluss der Gesetzesgrundlagen auf die Entwicklung
- Nachweis von Veränderungen in den TL
- Gefahren für die Entwicklung
- mögliche Schutzwerte

Definition der Terrassenlandschaften

Als Arbeitsgrundlage wurden Terrassenlandschaften als Kulturlandschaften definiert, die durch eine vom Menschen geschaffene Terrassenflur geprägt sind. Ein Verband von Terrassenfluren in einem einheitlichen geographischen Raum mit ähnlichem kulturgeschichtlichen Hintergrund sowie vergleichbaren naturräumlichen Gegebenheiten bildet somit eine Einheit, die Terrassenlandschaft. Ihre Ausdehnung und ihr Charakter spielen bei der Eingrenzung eine wichtige Rolle. Ferner sind auch kulturgeschichtliche und aktuelle Nutzungsweisen (Weinbau, Ackerbau, Wies- und Weideland, Kastanien, Obstbäume etc.) bedeutend. Diese Herleitung ermöglichte eine Einteilung in die folgenden drei Typen:



Typ I: Terrassenlandschaft mit flächenmässig dominierender Terrassenflur

Grossflächige, überwiegend einheitlich genutzte (zum Beispiel Weinbau, Ackerbau, Wiesland) und daher kompakt erscheinende TL mit einer Grösse von über 100 Hektaren. Durch ihre ästhetische Wirkung und landschaftliche Einheit dominieren die Terrassen den Charakter dieser Landschaft. Beispiele sind die drei Gebiete innerhalb von Objekten des Bundesinventars der Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN) Lavaux VD, linkes Bielerseeufer BE sowie Ramosch-Vnà GR.

Typ II: Terrassenlandschaft mit einzelnen, grösseren Terrassenfluren

Ein Mosaik aus Terrassenfluren von hohem Schutzwert inmitten anderer Landschaftselemente (Wiesen, Wald, Siedlung). Mindestens eine grössere Terrassenflur ist vorhanden. Beispiele sind die Rebterrassenflur Ribe in Visperterminen VS als Teil der TL vorderes Vispertal und Saastal sowie die Ackerterrassen von Erschmatt VS.

- dangers pour l'évolution de ces paysages
- valeurs protectrices potentielles

Définition des paysages en terrasses

Les paysages en terrasses ont été définis comme étant des paysages cultivés caractérisés par un terrain en gradins construits par l'homme. Une formation de gradins dans un même espace géographique, ayant une histoire culturelle semblable et des particularités topographiques comparables, constitue ainsi une unité, le paysage en terrasses. Son extension et son caractère jouent un rôle important pour le délimiter. Les modes d'exploitation passés et actuels (viticulture, agriculture, prairie et pâturage, châtaignes, arbres fruitiers, etc.) ont aussi une grande importance. Cette caractérisation a permis une classification en trois types.

Type I: Paysage en terrasses avec prédominance de gradins de grandes dimensions
Paysage en terrasses de grandes dimensions, généralement exploitées en monoculture (par ex. viticulture, agriculture, prairies) et donc d'apparence compacte, d'une surface de plus de 100 hectares. Par leur impact esthétique et leur unité paysagère, les terrasses donnent son caractère à ce paysage. Exemples: les trois objets IFP Lavaux VD, rive gauche du lac de Bienne BE, Ramosch/Vnà GR.

Type II: Paysage en terrasses avec quelques gradins de grandes dimensions
Une mosaïque de gradins d'une grande valeur protectrice, situés au milieu d'autres éléments paysagers (prairies, forêt, habitations). Le paysage présente au moins une terrasse de grandes dimensions. Exemples: le vignoble Ribe à Visperterminen VS, composante du paysage en terrasses «vorderes Vispertal und Saastal», ainsi que les terrasses cultivées d'Erschmatt VS.

Type III: Paysage en terrasses avec des gradins dispersés et de petites dimensions
Gradins de petites dimensions, nichés dans le paysage tels des îlots. Exemple: le vignoble de la vallée antérieure de la Maggia et jusqu'à Cevio TI (quelque 17 terrasses).

La vigne est largement répandue

Pour recenser les types de paysages en terrasses dans les cantons, un questionnaire a été envoyé à leurs préposés à la protection de la nature et du paysage.

Terrassenlandschaftstyp I: Ramosch GR

Type de terrasses I: Ramosch GR

Terrassenlandschaftstyp II: Erschmatt VS

Type de terrasses II: Erschmatt VS

Typ III: Terrassenlandschaft mit zerstreuten, kleinflächigen Terrassenfluren
Kleinflächige Terrassenfluren, die inselartig in die Landschaft eingebettet sind. Ein Beispiel sind die Rebterrassenfluren im vorderen Maggiatal bis Cevio TI (circa 17 Fluren).

Rebbau ist weit verbreitet

Zur Erfassung der in den Kantonen vorhandenen Terrassenlandschaftstypen wurde den kantonalen Natur- und Landschaftsschutzbeauftragten (KBNL) ein Fragekatalog zugestellt.

Die Auswertung zeigt, dass nach heutigem Stand 24 Terrassenlandschaften typisiert wurden, je 7 vom Typ I und III und 10 vom Typ II in den Kantonen Wallis, Waadt, Graubünden, Tessin, Bern, Freiburg und Thurgau. Weitere Beispiele von Terrassenfluren und Terrassenlandschaften in den Kantonen Uri, Nidwalden, Zürich, St. Gallen sowie Aargau und Appenzell AR liessen sich keinem der drei Typen zuordnen. Der Rebbau ist nebst Wies- und Weideland die häufigste Nutzung. Nur an einzelnen Standorten werden die Terrassenlandschaften noch ackerbaulich genutzt, so zum Beispiel in Ramosch-Vnà GR und in Erschmatt VS. Prägendste Terrassenlandschaftselemente sind Trockenmauern, Hecken, Gebüsche, Magerwiesen und Obstbäume. Die Bewirtschaftungsaufgabe, die Einwaldung sowie die intensivere Bodennutzung sind die Hauptgefährdungen der Terrassenlandschaften und ihrer Strukturen. Ein direkter Schutz fehlt. Indirekt geschützt sind sie jedoch als BLN-Objekte, als Teil von kantonalen Landschaftsschutzgebieten oder durch kommunale Schutzverordnungen.

Melioration am linken Bielerseeufer als Chance

Die Bearbeitung des Fallbeispiels Typ I Linkes Bielerseeufer ist ein weiterer Bestandteil der Arbeit. Interviews mit Schlüsselpersonen aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz, Regionalplanung und Tourismus sollen Aussagen über die bisherige und zukünftige Entwicklung der Reblandschaft, das Akteurnetz sowie mögliche Handlungsfelder ermöglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Terrassenlandschaft im Raum Twann-Ligerz-Tüscherz-Alfermée durch zahlreiche, teilweise betonierte

Terrassenlandschaftstyp III: Unteres Maggiatal TI

Type de terrasses III: basse vallée de la Maggia TI

Il ressort de l'analyse des réponses que 24 paysages en terrasses ont été répertoriés, soit sept du type I, autant du type III, et dix du type II, dans les cantons du Valais, de Vaud, des Grisons, du Tessin, de Berne, de Fribourg et d'Argovie. D'autres exemples de cultures et de paysages en terrasses, recensés dans les cantons d'Uri, de Nidwald, de Zurich, de St-Gall ainsi que d'Argovie et d'Appenzell Rh.-Ext., ont été impossibles à ranger dans l'un des trois types. La vigne est la culture la plus répandue, avec l'exploitation sous forme de prairies et de pâturages. Seuls de rares paysages en terrasses sont encore exploités par l'agriculture, comme à Ramosch-Vnà GR et à Erschmatt VS. Les éléments les plus caractéristiques des paysages en terrasses sont les murs de pierres sèches, les haies, les buissons, les prairies maigres et les arbres fruitiers. Quant aux principaux dangers qui menacent ces paysages et leurs structures, ce sont l'abandon de l'exploitation, le reboisement naturel et l'intensification de l'exploitation du sol. Toute protection directe fait défaut. Ces paysages sont néanmoins protégés indirectement en leur qualité d'objets IFP, ou parce qu'ils font partie de zones placées sous la protection des paysages par le canton ou sont inscrits dans des ordonnances communales de protection.

Remaniement parcellaire sur la rive gauche du lac de Bienne

Une autre partie du travail consiste à étudier de plus près un cas de type I, la «rive gauche du lac de Bienne». Des interviews avec des protagonistes de l'agriculture et de la sylviculture, de la protection de la nature et du paysage, de l'aménagement régional et du tourisme sont censées fournir des informations sur l'évolution passée et future du vignoble, le réseau des acteurs et les domaines possibles d'intervention. Les résultats montrent que le paysage en terrasses des communes de Douanne-Gléresse-Daucher-Alfermée est structuré par de nombreux murs de pierres sèches en partie bétonnés. Le nombre élevé de familles vigneronnes (pas moins de 45 à Douanne), qui ne sont pas organisées au sein de coopératives, est caractéristique.

Pour la sauvegarde des paysages en terrasses, la mise sous protection du vignoble de la région dans les années 1930 revêt aussi une grande importance. Toutes les personnes

Trockenmauern strukturiert ist. Charakteristisch ist die hohe Anzahl von Winzerfamilien (bis zu 45 in Twann), die nicht genossenschaftlich organisiert sind. Von Bedeutung für den Erhalt der Terrassenlandschaft ist zudem die in den 1930er-Jahren festgelegte Rebenschutzzone des Gebietes. Allen Befragten ist es ein grosses Anliegen, die Reblandschaft am linken Bielerseeufer und somit die Bewirtschaftung zu erhalten. Die aktuelle Melioration, welche die Güterzusammenlegung und eine bessere Erschliessung zum Ziel hat, sehen viele als Chance.

Anhand dieser Resultate und der Bearbeitung zweier weiterer Fallbeispiele (Typ II und III) werden die erarbeiteten Bewertungskriterien sowie Indikatoren zur Beurteilung von Terrassenlandschaften validiert und die Schutzwerte der jeweiligen Regionen bestimmt. Hieraus lassen sich Massnahmenvorschläge und Leitlinien zum Schutz der Terrassenlandschaften ableiten. Der Abschluss der Studie ist für Herbst 2005 geplant.

interrogées tiennent beaucoup à conserver le paysage viticole sur la rive gauche du lac de Bienne et ainsi à maintenir son exploitation. Beaucoup considèrent comme une chance les améliorations foncières en cours, dont le but est un remaniement parcellaire et une amélioration de la desserte.
Ces résultats, ainsi que l'étude d'autres cas (de type II et III) serviront de base pour valider les indicateurs et critères d'évaluation des paysages en terrasses et pour déterminer la valeur de protection des régions en cause. Des mesures pourront alors être proposées et des directives présentées pour protéger les paysages en terrasses. Cette étude devrait s'achever à l'automne 2005.